

4. Jenaer Runder Tisch für Demokratie 2023

Tagesordnung - Moderation: Berater*innenkreis

1. Eröffnung und Organisatorisches

1.1. Begrüßung und Eröffnung

1.2. Organisatorisches zum heutigen Treffen

- Bestätigung des Protokolls des Runden Tisches vom 24.10.2023
Protokoll bestätigt
- Änderung der Tagesordnung (TOP 3 vor TOP 2) *[weil OB nicht lange bleiben kann]*
- Kurze Vorstellungsrunde
(besondere Anmerkungen: einige neue Personen -> und Thomas Stridde (OTZ/TLZ))
- Verabschiedung Tagesordnung (liegt ausgedruckt vor)

2. Vergabep Praxis öffentlicher Einrichtungen *[vorher TOP 3!]*

2.1. Problem- und Fallbeschreibung

- Kurze Vorstellung des Themas durch eine Person der „Falken Jena“)
- U-Ausschuss München (Landtag) und NSU-Prozess
- Coriand soll präsent in Neonazi-Szene der 90er gewesen sein
- Fluchtwagen des NSU-Kerntrios zurückgeholt (war Nähe Zwickau liegengeblieben)
- Thema: Conny Coriand kommt aus NSU-Unterstützungsumfeld, Geschäftsführer Coriand Spedition und Umzugsfirma, wird oft von der Stadt und anderen beauftragt
Anm: Brief wird gezeigt über Leinwand

2.2. Diskussion

- IDZ unterstützt Anliegen, aber klar ist, dass vergaberechtlich heikel, keine Auffälligkeiten durch Conny Coriand aktuell (bspw. im Vergleich zu Gerüstbau Eisenberg) Stadt Jena sollte ein Zeichen setzen, Stadt und Uni sind keine privaten Personen, daher besondere Verantwortung
- OB: Brief gelesen, verstehe das Anliegen, aber zwei Ebenen: natürlich schwer erträglich, wenn eine Person mit Bezug zu Rechtsextremismus Aufträge der öffentlichen Hand erhält, ABER Vergaberecht ist nicht so scharf, Recht gibt es nicht her, auch Anti-Rassismus-Klausel des 10-Punkte-Aktionsplans gibt es nicht her,
 - Stadt kann aus politischen Gründen kein Unternehmen benachteiligen, Schaden wäre ggf. ein doppelter, wenn Coriand rechtlich erfolgreich gegen Stadt vorgeht (Imageschaden und wirtschaftlich)
 - Anm.: OB verliert den zitierten Paragraphen
- Dezernent Recht: führt detaillierter aus:
Bei sensiblen Aufgaben (Bewachung einer Geflüchteteinrichtung) können Klauseln (wie Antirassismus) greifen, aber das Transportieren von Möbeln ist nicht sensibel, auch greift ein Abfragen von Führungszeugnissen zu kurz (im Falle von Coriand wäre es vermutlich ohne Einträge)

- Plenum: es geht nicht um Jugendverfehlungen, sondern schwerwiegende Anschuldigungen
- Plenum: warum gibt es Anti-Rassismus-Klauseln wenn es kein Kriterium sein darf?
- Stadt: wenn eine Person auffällig agiert, dann kann man etwas tun, aber vergaberechtlich kann nichts getan werden -> es gibt objektive Kriterien
- Plenum: Rechtssprechung zu Thor Steiner könnte Vorbild sein, Konrad Erben wurde mal juristisch durch Coriand „angezählt“
- Plenum: Stadt hat besondere Verantwortung, viele aus dem Umfeld NSU hatten und haben sich nicht verantworten müssen
- Plenum: wir leben im Rechtsstaat und es braucht klare und transparente Forderungen, wir können nicht einfach urteilen
- Plenum: keiner fordert von der Stadt oder der Uni gegen Recht und Gesetz zu handeln
 - ➔ Aber es gibt auch sensible Daten (KoKont, KomRex), wie kann hier Schutz gewährleistet werden?
 - ➔ Aber wäre es möglich, mit Herr Coriand in Austausch zu treten und eine Stellungnahme dazu einzufordern?
 - ➔ Was soll eine AntiRa-Klausel, wenn sie keine Rolle spielt -> wie kann diese Klausel aussehen
- Stadt: kein Interesse an einem Austausch mit Herrn Coriand -> was soll daraus folgen und wie soll so etwas rechtssicher sein? Offener Brief kann an Herr Coriand geschickt werden, aber ohne ihn mit Folgen zu drohen, sondern nur um Stellungnahme bitten
- Plenum: Verweis auf verschiedene unternehmerische Klauseln, wieso lässt man sich nicht auch Antirassismus-Klauseln unterzeichnen
- OB: Antirassismus-Klauseln bewusst unkonkret
- Plenum: vielleicht lässt man (Stadt und Uni) es drauf ankommen, und geht juristisch Risiko ein -> in Auseinandersetzung
- Doktorand-Jura aus der Gruppe offener Brief: promoviere über Thüringer und kommunale Vergaberecht -> Vergaberecht ist apolitisch und somit politische Einstellung nicht relevant, gleichwohl Träger von bestimmten Ansichten können ausgeschlossen werden (bspw. Scientology oder No-Spy-Erlass) – aber über Ausführbedingungen, nicht Leistungsbeschreibung, aber ich möchte bestimmen, wie Arbeit ausgeführt wird
 - wird der Auftrag von jemanden mit rechter Gesinnung ausgeführt, ist keine rechtskräftige Verurteilung notwendig, Passus muss also sehr genau formuliert werden,
- Mod.: müssen abschließen (noch zwei Fragen)
- Plenum: wie wurde das bei Scientology geregelt
- Plenum: es braucht Mut ein Beispiel durchzuspielen mit entsprechender Klausel
- Stadt: in sensiblen Fällen (Bsp.: KoKont) können wir das machen, bereit für Austausch mit Rechtsamt FSU und Stadt
- Gruppe offener Brief: rechtsextreme Personen sollen gar keine Zugang haben, auch Sachen in den Blick nehmen, die nicht offensichtlich sensibel
- Mod.: es sollte kleine Austauschrunde geben mit Stadt, Gruppe offener Brief und KoKont für weitere Debatte und wie wir damit verfahren können
- Kann die Stadt die Firma über eine Ausschlussklausel in den Ausschreibungen ausschließen? Wie muss die aussehen?

3. Vorstellung „*elly*“ - Beratungsstelle gegen Hatespeech

[vorher TOP 2!]

3.1. Vorstellung durch die Projektverantwortlichen von *ezra*

- Projekt ist Beratungsstelle spezialisiert auf Betroffene von rechter Hatespeech im Netz
- Politisch motivierte Angriffe im Netz
- Projekt ist bei *ezra* angesiedelt
- Existiert seit Juni 2023
- Verweis auf TAZ-Artikel, keine Finanzierung nach Ende des Jahres, hoffen, dass es weitergeht

3.2. Diskussion

- Plenum: Hatespeech muss klar definiert werden, um Abgrenzung zu politischer Auseinandersetzung zu schärfen
- Elly: Definition ist schwieriger Punkt, es geht um Abwertungserfahrung
- Plenum: rät man Menschen zu mehr Anonymität?
- Elly: kommt auf den einzelnen Fall an, wir beraten auch keine Personen, die sich selbst diskriminierend äußern.
- Plenum: wir können auf Innenministerium Druck ausüben für vorzeitigen Maßnahmenbeginn aufgrund der politischen und gesellschaftlichen und weiterer Gründe haben -> offener Brief an Ministerium für vorzeitigen Maßnahmenbeginn, Thüringen kein Vorreiter in Sachen Hatespeech -> ein Schreiben
- Plenum: Fall Konrad Erben nochmal geschildert (mit aufnehmen) Post von Konrad und Androhung einer Klage gegen Konrad (Klage kam nicht)

4. Zwischenstand der AG „Spielräume nutzen!“

4.1. Entwicklung und aktueller Stand (Ausländerbehörde und Einbürgerung)

Leitung Ausländerbehörde/Einbürgerung Stadt wird Stand der Veränderungen in den Ämtern geben:

- seit 2023 neue Gliederung: Standesamt und Fachdienst
- Zum 01.04. soll FD-Leiterstelle neu besetzt werden (Ausländerbehörde)
- Behörde zieht auch um im ersten Quartal
- Ausländerbehörde 13 von 15 Stellen besetzt, es soll viertes Unterteam in Ausländerbehörde gehen
- Unterlagen fast alle schriftlich und per Mail (Ausländerbehörde)
- In neun bis zehn Wochen werden Aufenthaltstitel erteilt, soll aber weiter verbessert werden
- Automatische Verlängerung für Ukrainer*innen
- Nach Umzug der Behörde mehr Platz (Fertigstellung 2025 für Standesamt und Ausländerbehörde)
- Staatsangehörigkeit/Einbürgerung:
 - Evaluation abgeschlossen, Unterbesetzung von 2,3 Personen
 - Wir arbeiten stabil mit drei Mitarbeitenden, eine Langzeitkranke
 - 575 Anträge entgegengenommen (letztes Jahr 350),
 - Stand gestern 177 Einbürgerungen vollzogen (letztes Jahr 70), aber für nächstes Jahr bereits jetzt keine Termine mehr für 2024 zur Antragsabgabe NICHT zur Antragsbearbeitung (auch noch nicht berücksichtigt ist, verändertes Einbürgerungsgesetz), aktuell sind wir in der Abarbeitung der Anträge Stand November 2022 (knapp ein Jahr Verzögerung)

- Aktuell noch Überlegungen

4.2. Diskussion

- Plenum: was passiert bei einer Einbürgerung?
- Leitung FD: möglicherweise ab 01.07. Teil eines Thüringer Modellprojekts zur digitalen Einbürgerung
- Plenum: es gibt immer wieder Probleme mit den Dokumenten aus den Ursprungsländern, daher ist Dauer von Verfahren
- Leitung FD: Ziel bei Ausländerbehörde wären sechs Wochen Bearbeitung, bei Einbürgerung sollten sechs Monaten Ziel sein
- Plenum (AWO FDMI): haben das Gefühl, müssen zu oft entscheiden, ob Anträge gestellt werden und sind uns dabei nicht sicher -> kann es Schulung geben für Beratungsstellen?
- kurz AG und bisheriges vortragen
- kurz AG Spielräume nutzen! Vorstellung der Arbeit der AG
- Plenum AG: es gab in der Vergangenheit Überlegungen hierzu
 - Leitung FD: Bereitschaft für derartige Formate, braucht aber noch Zeit, Mitte nächstes Jahre, dann ist klar, wie viele MAs in der Behörde und Klarheit über gesetzliche Änderungen
 - Leitung FD: alle Personen (alle sechs im Standesamt) können Siegel
- AG: Frage zur Internetpräsenz und telefonische Erreichbarkeit
 - Leitung FD: immer noch schlecht, fehlende Verfügbarkeit und Fokus auf Mailaustausch und Antragsbearbeitung
 - Nur Montags telefonische Erreichbarkeit. Rufen ggf. zurück, bei Fragen oder Unklarheiten, aber funktioniert nur in eine Richtung
 - Frage zur Internetpräsenz: in drei Monaten ist es besser, wir arbeiten daran!
- AG: Aufruf sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen, um weitere Punkte in Jena zu verbessern! es gibt weitere Themen!,
 - bei Interesse kann sich bei KoKont melden!

5. Sonstiges

Termine

KoKont: weitere Terminankündigung siehe Präsentation.

Plenum: am 07.12. wird WeltRaum 8 Jahre um 16:00 Markt 13, warmer und kalter Tee

*Der Runde Tisch ist offen für alle interessierten Jenaer*innen mit folgender Ausnahme: Personen, die antidemokratischen und rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung traten. Die Veranstaltenden behalten sich vor, diese von der Sitzung auszuschließen.*

Koordinierungsstelle im Jenaer
Stadtprogramm gegen Fremden-
feindlichkeit, Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Intoleranz;
Kontaktbüro des Runden Tisches
für Demokratie

Ein Projekt in Trägerschaft
des Bildungswerk BLITZ e.V.

Spendenkonto
Volksbank Saaletal e. G.
Bildungswerk BLITZ e.V.
IBAN: DE34 8309 4454 0042 6070 02
BIC: GENODEF1RUJ

KoKont Jena
Max-Steenbeck-Str. 46
07745 Jena

Telefon 03641 – 236 606
Fax 03641 – 236 607
Email buero@kokont-jena.de
Web www.kokont-jena.de